klarsicht

Nr. 3 / 2019

Die linke Kleinzeitung für den Landkreis Gotha

24. Jahrgang / 231. Ausgabe

Vorwort: Seite 1 //
Jugendkongress Bündnis für Demokratie & Toleranz: Seite 2 //
Aus dem Landkreis: Seite 3 //
Gemeinwohl-Ökonomie Teil I: Seite 4 //
Kommunalwahl 2019: Seite 5 //
Die (Selbst)Zerstörung der EU: Seite 8 //
Gotha´s Juwel: Seite 9 //
Große Schweinerei mit den
kleinen Schweinen: Seite 10 & 11 //

KLARSICHT zur Sommerpause

Liebe LeserInnen,

Sie halten die dritte Ausgabe der KLARSICHT 2019 vor sich in den Händen. Die Kommunalwahl liegt hinter uns, die Landtagswahl wirft ihren Schatten voraus. Die Zeit zwischen den Wahlen wollen wir nutzen um ein paar andere Themen in den Mittelpunkt zu rücken.

Das Grundgesetz feiert seinen 70. Geburtstag, Youtuber zerstören die CDU, während sich die EU selbst zerstört. Wer bisher noch nicht wusste für was die Abkürzung "FerkBetSachkV" steht, der sollte diese Zeitung sehr aufmerksam lesen.

Ein paar Worte zur Kommunalwahl finden sich auch in dieser Ausgabe... aber es gibt auch erfreulichere Themen und mit dem Start der Serie zur Gemeinwohlökonomie wird mal wieder ein wenig Utopie gewagt.

Und um beim Thema Utopie zu bleiben, gibt´s einen kleinen Text über das Haus am Hersdorfplatz.

Für die Redaktion der KLARSICHT,
Joachim.

„Der Mord an Walter Lübcke steht in der Kontinuität rechter Gewalt. Dagegen tritt DIE LINKE für einen gesellschaftlichen Konsens des Antifaschismus ein“, erklärt Martina Renner, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für antifaschistische Politik. Renner weiter:

„Seit 1990 wurden mindestens 170 Menschen aus rechten Motiven getötet. Es gibt eine ungebrochene Tradition rechten Terrors. Diese Bedrohung muss erkannt und beantwortet werden. Insbesondere müssen die Ermittlungen die Netzwerke und Hintergründe einbeziehen. Die Geschichte des rechten Terrors zeigt: Es gibt keine Einzeltäter.

Der Mord an Walter Lübcke ist auch Ergebnis einer falschen Toleranz gegenüber rechten Positionen. Wenn rechten Ideologen in Talkshows und Artikeln eine Bühne geboten wird, normalisiert das ihre menschenverachtende Propaganda und ermutigt diejenigen, die zur Tat schreiten wollen.

Wer rechten Terror bekämpfen will, darf Faschisten nicht mit Antifaschisten gleichsetzen. Die meisten relevanten Informationen über den mittlerweile geständigen Mörder Lübckes und seinen Hintergrund stammen aus antifaschistischer Recherche. Rechte Gewalt ist vor allem dort ein Problem, wo es keine antifaschistische Alltagskultur gibt. Die Kriminalisierung von Antifaschismus ebnet den Neonazis den Weg.“

Die Würde des Menschen ist unantastbar
70 Jahre Grundgesetz

Die Würde des Menschen ist unantastbar – 70 Jahre Grundgesetz

Rund 300 engagierte Jugendliche aus ganz Deutschland nahmen am diesjährigen Jugendkongress des Bündnisses für Demokratie und Toleranz teil. 5 Jugendliche kamen aus der Regelschule „Andreas Reyher“ aus Gotha.

Das von der Bundesregierung im Jahr 2000 initiierte Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) veranstaltete vom 20.-24. Mai den Jugendkongress, zu dem rund 300 engagierte Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Deutschland kamen und das vielfältige Veranstaltungsprogramm besuchten.
Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar – 70 Jahre Grundgesetz“ setzten sich die Teilnehmenden in rund 50 Workshops und Außenforen mit unterschiedlichen Formen zivilgesellschaftlichen Engagements auseinander und konnten sich mit anderen Ehrenamtlichen vernetzen. Die 4 Schülerinnen und ein Schüler, beschäftigten sich mit den Themen: Gewalt in der Öffentlichkeit- Muss ich helfen?, Antisemitismus-heute wie damals?, Leben im Datenmeer, Grundgesetz- alles nur Theater?. Besuchten den Bundestag, die Gedenkstätte Hohenschönhausen, eine Synagoge und kamen mit jungen jüdischen Menschen ins Gespräch, ein islamisches Kulturzentrum und die Anne Frank Gedenkstätte. Die Workshoptage waren voll mit neuen Eindrücken und Erfahrungen. Am Abend wurde Berlin erkundet und das Brandenburger Tor sowie der Potsdamer Platz besucht. In den Pausen blieb genügend Zeit sich auszutauschen.

Die Fülle jugendlichen Engagements war bemerkenswert.

Der Leiter der Geschäftsstelle des BfDT, Dr. Gregor Rosenthal, betonte: „Der alljährlich stattfindende Jugendkongress ermöglicht uns, den engagierten Jugendlichen in Deutschland die Anerkennung zu schenken, die sie verdienen. Mit ihrem vielfältigen Engagement halten sie nicht nur unsere Demokratie lebendig, sondern sind gleichzeitig Vorbild und Motivator, und dies auch nicht nur für ihre Altersgruppe. Zum 70. Jubiläum des Grundgesetzes gibt es für die jungen Menschen in diesem Jahr Angebote, die sich mit zentralen Inhalten des Grundgesetzes wie der Menschenwürde und ihrer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beschäftigen. Wir möchten unsere Gäste aus ganz Deutschland und den unterschiedlichsten Engagementbereichen dabei unterstützen, auch zukünftig eine demokratische, vielfältige und diskriminierungsfreie Gesellschaft aktiv mitzugestalten.“
Abschluss des Jugendkongresses war der Festakt zur Feier des Grundgesetzes am 23. Mai, den die Teilnehmenden mit weiteren Gästen aus Politik und Zivilgesellschaft begingen.
Ziel des jährlich veranstalteten BfDT-Jugendkongresses ist die Würdigung des besonderen Engagements der Jugendlichen bei der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung. Zudem sollen die Teilnehmenden die Gelegenheit zur weiteren Qualifizierung bei ihrem Engagement erhalten und sich partizipativ mit wichtigen gesellschaftspolitischen Themenstellungen aus ihrer praktischen Arbeit auseinandersetzen.

Das die Schülerinnen und der Schüler diese Wertschätzung erleben durften verdanken sie den Sponsoren der Fahrkarten nach Berlin. Ihre Zuwendung hat sie nach Berlin gebracht.

Es sagen DANKE Jennifer, Angie, Ronja, Celine und Marc. Marlon konnte leider wegen Krankheit an dieser Fahrt nicht teilnehmen.

10. Schwimmbad-schachturnier in Wölfis

An diesem Turnier waren in diesem Jahr am 20. Juni 48 Schülerinnen und Schüler der Grundschulen aus Ohrdruf, Gräfenroda und Wölfis sowie der Aktivschule aus Emleben und der Regelschule Crawinkel beteiligt. Schön wäre es, wenn wir bei den nächsten Turnieren am 22. Januar 2020 in Emleben und am 25. Juni 2020 im Schwimmbad Wölfis wieder aus Ohrdruf Teilnehmer des Gymnasiums oder auch der Regelschule begrüßen könnten. Gespielt wurde im K.O.-System und nur wer siegte oder ein Unentschieden erreichte, kam eine Runde weiter. Als nur noch vier Spieler im Turnier waren, spielte jeder gegen jeden. Da unweit des Schwimmbades der Kreisseniorentag stattfand, hatten wir in diesem Jahr auch ungewöhnlich viele sachkundige Zuschauer, die sehr viel Lob für die Spielführung der Teilnehmer übrig hatten. Ein sehr hohes Niveau besaßen alle sechs Endspiele, die sehr knapp ausgingen und jeder Spieler den Sieg verdient hätte. Fehler, die bei der Landesmeisterschaft im März von vielen Teams noch gemacht wurden, konnten an den teilnehmenden Grundschulen überwunden werden und das Schach-Matt wurde mit einer Konsequenz gesucht, wie ich es bisher bei noch keinem Turnier meiner Schützlinge erlebt habe. Es setzte sich am Ende Rayk Möller von der Grundschule Ohrdruf vor Christoph Preuße aus der Wölfiser Grundschule Wölfis und dem Gräfenrodaer Grundschüler Thorwald Hahn durch. Den undankbaren vierten Platz belegte Rapeepan Phunperm von der Grundschule Wölfis. Von dieser Stelle aus möchte ich den vier Endrundenteilnehmern noch einmal zu ihren gezeigten Leistungen gratulieren.

Dank des Sponsorings durch den REWE – Markt Ohrdruf und der Kreistagsfraktion der Partei DIE LINKE konnten die Turnierteilnehmer auch in diesem Jahr wieder Verpflegungsgutscheine zur erhalten.

Neben dieser materiellen Unterstützung halfen bei der Organisation der Spielabläufe die mitgereisten Betreuerinnen der angereisten Schulen und besonders Siegrun Grebhahn, die an diesem Tag Los Fee spielte.

Nun noch eine Bemerkung zu Äußerungen vieler Gäste, die Wölfis dank des Seniorentages an diesem Wochenende das erste Mal besucht hatten. Man hörte immer wieder ein großes Lob für die Sauberkeit des Schwimmbades. Dies haben wir besonders unserem Bademeister Mirko Hein und seinen emsigen Mitarbeiterinnen und natürlich den Gästen unseres Bades zu verdanken. Auch die Mitglieder des Schwimmbadvereines und die Arbeiter der Stadt Ohrdruf helfen im Bedarfsfall bei der Pflege des Bades. Mir fiel auf, dass am Festwochenende der Festplatz hinter der Schule auch immer sehr sauber war. Der Dank gilt auch hier den Veranstaltern und Besuchern.

Klaus Perlt

GEMEINWOHL ÖKONOMIE

Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft

In dieser kleinen Serie möchte ich die Gemeinwohl – Ökonomie, als ein alternatives Wirtschaftsmodell vorstellen. Wirtschaftsmodelle haben die Eigenschaft, dass sie die Gesellschaft vielfältig prägen. Deshalb ergibt es Sinn, auch mehrere relevante Beeinflussungspunkte zwischen Wirtschaft und Gesellschaft zu betrachten. Zu diesem Zweck ist die Serie wie folgt gegliedert:

1. Gemeinwohl - Ökonomie – eine Kurzvorstellung
2. Gemeinwohl Bilanz statt Finanzbilanz
3. Eigentum
4. Weiterentwicklung der Demokratie
5. Umsetzungsstrategien

Teil 1: Gemeinwohl -Ökonomie – eine Kurzvorstellung

Wo stehen wir heute?

Unternehmen streben nach Gewinnmaximierung und verdrängen sich so lange gegenseitig vom Markt, bis nur mehr wenige große Konzerne übrig sind. Diese haben dann alle Macht gegenüber KonsumentInnen und Staaten und diktieren das globale Geschehen. Demokratie- Umwelt- und Sozialstandards kommen dabei unter die Räder des Profitstrebens. „Diese Wirtschaft tötet“ – so drastisch hat der Papst seine Beobachtung zur kapitalistischen Wirtschaft zusammengefasst. Aber auch 88 Prozent der Menschen in Deutschland wünschen sich eine „neue Wirtschaftsordnung“ (Bertelsmann 2016).

Was ist der Zweck des Wirtschaftens?

Mit mehr Wachstum könnte der Profit gerechter aufgeteilt werden, so der derzeitige Narrativ. Nur ist mehr Wachstum auf einem endlichen Planeten nicht möglich. Wird Wirtschaftswachstum durch Mehrverbrauch ersetzt, wird dieses zentrale Problem sofort deutlich. Kapitalismus und Kommunismus sind gescheitert. Jetzt sind neue Ideen gefragt – wie z.B. die Gemeinwohl-Ökonomie.

Die Gemeinwohl-Ökonomie orientiert sich am eigentlichen Zweck des Wirtschaftens – der Erfüllung unserer menschlichen Bedürfnisse. Dabei geht es vor allem um gelingende Beziehungen: Sie sind die Voraussetzung, um glücklich zu sein – sie sind Voraussetzung für das Gemeinwohl.

Das Geld ist hingegen nur ein Mittel des Wirtschaftens: Die Wirtschaftsleistung, in Geld gemessen, sagt nichts darüber aus, ob das Gemeinwohl steigt oder sinkt. Beispielsweise führt ein Wiederaufbau nach einer Zerstörung (z.B. durch Überschwemmung oder aber auch durch Krieg) zu höheren Investitionen, und damit zu einer höheren Wirtschaftsleistung – ohne dass verbesserte Lebensbedingungen erzielt werden. Um zu messen, ob der Zweck erfüllt wird, sind andere Messgrößen gefragt.

Wie lässt sich die Erfüllung des Zwecks bewerten?

Unternehmen können ihren Beitrag zum Gemeinwohl anhand des Gelingens ihrer Beziehungen zu LieferantInnen, GeldgeberInnen, MitarbeiterInnen, KundInnen und dem gesellschaftlichen Umfeld bewerten – in Hinblick auf Werte wie Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung. Sie sollen – analog zur Finanz-Bilanz – eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen, in der die Größe des Gemeinwohl-Beitrags in Punkten bewertet wird. Wie dies genau geschieht, wird in Teil 2 (Gemeinwohl-Bilanz) dieser Serie genauer erklärt.

Wie kann sich das auswirken?

Anhand der Gemeinwohl-Bilanz können KonsumentInnen erkennen, wie viel einzelne Unternehmen zum Gemeinwohl beitragen – und können beim Einkauf darauf achten.

Zudem können Unternehmen, die viel fürs Gemeinwohl tun, durch geringere Steuern, einen leichteren Zugang zu Förderungen oder Krediten oder durch Bevorzugung im öffentlichen Einkauf weitere Marktvorteile erhalten. Dadurch werden ihre Produkte nicht nur attraktiver, sondern auch günstiger.

Wie sieht die Wirtschaft dann aus?

Plötzlich sind nachhaltige, faire, demokratische und kooperative Unternehmen im Vorteil. Regionale Wirtschafts kreisläufe kommen in Schwung. Es entstehen menschenwürdige Arbeitsplätze und hochwertige Produkte und Dienstleistungen, während Umweltschäden und soziale Probleme zurückgehen.

Funktioniert das global?

Im Rahmen von Fairhandelsabkommen erkennen Länder ihre Gemeinwohl-Bilanzen gegenseitig an. Gemeinwohl-schädigende Produkte und Dienstleistungen werden mit Zöllen versehen oder überhaupt an der Einfuhr gehindert. Dies bedeutet aber auch, dass Freihandelsabkommen wie JEFTA oder CETA der Gemeinwohl – Ökonomie entgegenstehen und aufgekündigt werden müssen.

Wie soll das umgesetzt werden?

Über 500 Unternehmen in Europa und ganz Amerika haben bereits Gemeinwohl-Bilanzen erstellt – und es werden immer mehr. Überall gründen sich regionale Gruppen, die vor Ort Bewusstsein schaffen und auf die Politik einwirken. Auch in Gotha befindet sich die der erste Ortsverband in der Gründungsphase. Es wäre der Erste in Thüringen und neben Dresden, Leipzig und Berlin einer der Erste in den neuen Bundesländern. Weitere Gemeinwohl-Gemeinden und -regionen entstehen, und durch die Vernetzung mit anderen Initiativen wächst eine immer stärkere internationale Bewegung heran.

David Vogel

Kommunalwahl 2019 - Die verpasste Chance

Am 26. Mai haben die Bürgerinnen und Bürger Gothas gewählt. Insgesamt gaben über 65.000 Wahlberechtigte bei der Kreistagswahl ihre Stimmen ab, bei der Stadtratswahl waren es fast 18.000.

Die Wahlbeteiligung lag bei 57,4 bzw. 48,1% und war damit höher als bei der Wahl 2014. Zumindest das mag für den ungeübten Betrachter wie ein Sieg für die Demokratie aussehen; wirft man allerdings einen Blick auf die Wahlergebnisse offenbart sich schnell ein gefährlicher, antidemokratischer Trend und man begreift, dass die Chance auf echte Veränderung und „frischen Wind“ für die nächsten fünf Jahre vertan wurde.

Es ist nur verständlich, dass sich viele Menschen eine Veränderung wünschen und keine Lust mehr haben, die gleichen Kommunalpolitiker zu unterstützen, die zum Teil schon seit über 20 Jahren im Kreistag oder Stadtrat aktiv sind. Um diese Veränderung zu bewirken hätte man beispielsweise eine(n) der jüngeren Kandidat*innen (die es in jeder „etablierten“ Partei gab) an der Wahlurne aktiv unterstützen können. Diese haben sich auch im Zuge des Wahlkampfes gegenseitig kennen gelernt und wären in der Lage gewesen, gemeinsam und Parteiübergreifend neue Projekte anzustoßen.

Stattdessen haben sich viele Gothaer lieber dafür entschieden die mittelalten bis steinalten Kandidaten der AfD zu wählen. Diese haben zwar weder kommunalpolitische Erfahrung noch Expertise, keinerlei moralischen Kompass, zum Teil sehr enge Verbindungen mit rechtsextremistischen und reichsbürgerlichen Gruppierungen, ihre Wähler im Wahlkampf bewusst belogen (z.B. mit der Behauptung sie wären für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge verantwortlich gewesen) und haben im Stadtrat einen Altersdurchschnitt von 55,3 Jahren (die zwei jüngsten Mitglieder sind erst zarte 44 Jahre alt), dennoch hielten es scheinbar viele Bürgerinnern und Bürger für eine gute Idee, diese undifferenzierten Rechtspopulisten mit den Geschicken Gothas zu betrauen.

Natürlich ist der Wählerwille in einem demokratischen System über jede Kritik erhaben, wenn allerdings ein 44-jähriger Stephan Steinbrück (in dessen Garten vor der Wahl eine Reichskriegsflagge wehte und der nach einigen rassistischen Ausrastern mittlerweile seine Reden für den Uelleber Faschingsverein vorab zur Kontrolle vorlegen muss) 5600 Stimmen mehr bekommt als beispielsweise der 30-jährige CDU-Kandidat Hans Georg Kreuzburg (der trotz seines jungen Alters auch den Respekt der anderen Parteien genießt), dann muss man sich schon fragen, was denn eigentlich in den Köpfen der Gothaer Bürgerinnen und Bürger vorgeht.

Wir hätten in dieser Wahl die Chance auf einen vergleichsweise jungen Kreistag und einen jungen Stadtrat mit fortschrittlichen Mitgliedern und neuen Ideen gehabt. Stattdessen sind wir wieder bei einem Altersdurchschnitt um die 50 Jahre gelandet, nur mit dem Unterschied, dass diesmal knapp 1/5 (Kreistag) bzw. 1/6 (Stadtrat) der Mitglieder unerfahrene, unsympathische Rechtspopulisten sind. Herzlichen Glückwunsch Gotha!

Allerdings macht man es sich zu einfach, wenn man die Schuld am Wahlergebnis einzig und allein bei den Wählern sucht. Auch die Parteien haben es versäumt, ihre jungen Kandidat*innen angemessen zu bewerben. DIE LINKE war die einzige Partei, die bei beiden Wahlen mit einer Kandidatin unter 30 Jahren auf den ersten drei Plätzen angetreten ist und einen aktiven Jugendwahlkampf geführt hat. Während die jungen Kandidatinnen und Kandidaten der anderen Parteien ihren Wahlkampf zumeist aus eigener Tasche finanzieren mussten und in erster Linie für das Aufhängen von Plakaten und das verteilen von Flyern instrumentalisiert wurden, hat DIE LINKE ihren jungen Bewerber*innen Wahlplakate und Flyer gesponsert, sie aktiv unterstützt und zum Beispiel auch in der Stadtrats-„Elefantenrunde“ im Londoner bewusst ins Rennen geschickt. Leider konnten auch die meisten jungen Kandidat*innen der Partei DIE LINKE nicht genug Stimmen auf sich vereinen, um in den Kreistag oder Stadtrat einzuziehen, dennoch sind zumindest unsere beiden jungen Spitzenkandidatinnen jetzt im Kreistag bzw. Stadtrat und drücken dort zumindest ein bisschen den viel zu hohen Altersdurchschnitt. Von den insgesamt 86 Sitzen im Gothaer Kreistag und Stadtrat werden lediglich 8 von Menschen unter 30 Jahren besetzt. Keiner davon ist bei der AfD. Veränderung und Erneuerung sehen nun wirklich anders aus.

Falls sich der Trend aus Protest antidemokratische, rechte Parteien zu wählen bei den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen nicht fortsetzt, haben wir vielleicht 2024 nochmal die Gelegenheit in freien Wahlen reflektiertere und vernünftigere Entscheidungen zu treffen. Andernfalls rate ich jedem aufrechten Demokraten und Antifaschisten, den Reisepass immer griffbereit zu haben.

Jan Hofmann

Restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung

Der Duden erklärt die Bedeutung von „restriktiv“ mit einschränkend und beschränkend. Wenn die Bundesregierung von restriktiven Verhalten bei Rüstungsexporten spricht, versteht sie darunter, dass knallhart fast 0,8 % aller Rüstungsexportanträge abgelehnt wurden. Wäre die Bundesregierung ein Türsteher bei einer Disco und würde dort solch eine restriktive Türpolitik umsetzen, müsste sie von 1000 Gästen, die in der Schlange stehen, ganze 8 Personen abweisen. Jetzt argumentiert die Regierung, eine Einzelfallprüfung von Waffenexporten verbunden mit der restriktiven Genehmigungspolitik führt dazu, dass auch die Gesamtzahl der Ausfuhranträge sinke, was ja gut wäre. Nun zurück zum Vergleich mit der Disco – es würde bedeuten: Potenzielle Gäste sehen, von den 1000 Personen in der Warteschlange kommen 992 in die Disco und 8 werden abgewiesen. Es erscheint unwahrscheinlich, dass die potentiellen Gäste sich jetzt denken: „Die sind aber streng bei der Einlasskontrolle. Also das Risiko ist mir zu hoch, da stelle ich mich erst gar nicht an.“

In gleicher restriktiver Art setzt die Regierung ihren selbst auferlegten Waffenexportstopp (Regelung im Koalitionsvertrag) an die „Beteiligten des Jemenkrieges“ um. Nach nunmehr zwei Jahren können nicht einmal die Beteiligten am Jemen Krieg benannt werden. Dies macht den beabsichtigten Waffenexportstopp in die betroffenen Länder unmöglich, solange nicht namentlich feststeht in welche Länder eigentlich nicht mehr exportiert werden darf.

Auch Thüringen profitiert finanziell von den Waffenexporten. In Jena befindet sich eines der größten deutschen Rüstungsunternehmen. An diesem Unternehmen ist der Freistaat Thüringen durch die Beteiligungsmanagement GmbH sogar mittelbar mit über 11 Prozent beteiligt. Als Großaktionär besteht ein direkter Einfluss auf die Unternehmensführung. Trotzdem gibt es weder offizielle Zahlen zu Rüstungsexporten aus Thüringen, noch hat sich das früher Engagement gegen Waffenexporte der LINKEN nach der Regierungsübernahme spürbar ausgewirkt.

Die Zerstörung der EU

Nachdem die Rezo mittels eines 55-minütigen YouTube Videos die Union zerstörte und darauf Frau Kramp-Karrenbauer, Herr Zimjak und co. die Selbstzerstörung der CDU initiierten, überlegte sich der Rest der Parteiführung wie man sich revanchieren kann. So kam man auf die Idee jetzt den letzten Rest der Demokratie innerhalb der EU zu zerstören, dass Klima hat man ja bereits zerstört. So oder so ähnlich muss man sich diese abstrusen Vorgänge, die gerade stattfinden, erklären.

Den Entschluss nach der Europawahl Ursula von der Leyen anstatt Manfred Weber für die Kandidatur für Kommissionspräsidentschaft zu ernennen ist ein ausgestreckter Mittelfinger für die 200 Millionen WählerInnen. Ob es nun von der Leyen, wird oder nicht steht zwar noch in den Sternen aber diese Situation offenbart jedoch einiges, zum einen sehen wir eine in eine institutionelle Krise der EU steckt, weiterhin wurde Prinzip der Spitzenkandidatur wurde ausgehebelt und das Parlament nimmt seine Möglichkeiten nicht war. Auf der anderen Seite versuchen die konservativen in Europa auf die Gunst der Rechtsextremen, wie Victor Orban, für ihre Kandidaten zu gewinnen. Weiterhin gibt es, wie gewohnt, keine Diskussion über Inhalte, stattdessen hört man irgendwelche Kalendersprüche die den BürgerInnen inzwischen aus den Ohren laufen.

Was können wir in den nächsten 5 Jahren EU Politik erwarten? Zunächst wären da die Militarisierungsbestrebung der Drang nach einer EU-Armee, damit sich Deutschland endlich „international Verantwortung übernehmen kann“ ohne das nervige deutsche Parlament, um Erlaubnis zu fragen. Deutschlands Stellung in der EU wird noch stärker und wird jede noch so kleine steuerliche Verantwortung für Unternehmen und Sozialpolitik blockieren.

Aber genug von der Kritik an Anderen und hin zur Selbstkritik, denn wir als Linke haben ein schwaches Ergebnis abgeliefert. Doch woran liegt das? Zunächst muss man beobachten, dass der ganze EU Wahlkampf eher ein Wahlschlaf war. Niemand wollte sich so recht mit dem Thema auseinandersetzen. Somit fand ein passiver Wahlkampf in den Medien statt, vor allem über Klimapolitik und hier waren wir als Linke extrem unterrepräsentiert. Stattdessen hatte man den Eindruck, Robert Habek hat die öffentlich-rechtlichen Talkshowstudios als Zweitwohnung angemeldet, um über eine Art grünen Kapitalismus zu schwadronieren. Hier frage ich mich, warum man da als Linke nicht gegenhält, vor allem da auf den Plakaten der Fridays for Future Demonstrationen Sprüche wie “System Change not Climate Change“ stehen. Der Kapitalismus mit seiner Vorstellung von der Beherrschung der Natur und einen permanenten Wachstums ist das Problem und nicht die Lösung. So sind z.B. 100 Unternehmen an 71% aller CO_2 Emissionen verantwortlich, aber davon hört man in den Medien nichts, stattdessen verstecken sich Politiker hinter dem Satz „Deutschland ist doch nur an 2% der weltweiten Emissionen verantwortlich“ (und damit auf den stolzen 6. Platz aller Verschmutzter).

Wir müssen wieder bissiger werden und wir müssen nicht nur für eine Digitalsteuer werben, sondern anklagen, dass eine EU-weite Digitalsteuer auf Einspruch Deutschlands nicht zustande kam. Also müssen wir den etablierten Parteien auf die Füße treten und unangenehm sein.

Thematisch muss die Wirtschaft wieder stärker in den Fokus gebracht werden, mit dem Ziel die Widersprüche unserer heutigen Gesellschaft deutlich zu machen. So sollte man, vor allem als Fragen aufwerfen wie: wenn Demokratie so toll ist, warum haben wir sie dann nicht am Arbeitsplatz, oder wie wäre es mit einer festgelegten Profitbeteiligung oder frei gewählter Arbeitszeitreglung?

Es ist an der Zeit uns klar zu machen, dass das Konzept des Nationalstaats dem Ende gewidmet ist. Die Lösungen für Klimawandel, globale Ungerechtigkeit und Fluchtkrise sind trans- bzw. international und müssen auf Kooperation und nicht Wettbewerb basieren. Die EU in ihrer jetzigen Form ist zum Scheitern verurteilt, es ist daher nötig als Linke aus diesen Trümmern eine geeinte politische-soziale Union oder Föderation aufzubauen, die von Grund auf demokratisch legitimiert sein muss.

Sören Kutzner

* Antipolitik -->

„Der Argwohn der Dissidenten gegenüber dem kommunistischen Staat und seiner offiziellen Ideologie, dem Marxismus, fand seinen Ausdruck in der Idee der Anti-Politik. Die Anti-Politik richtete sich nicht nur gegen den Staat, sondern gegen jegliche Form institutionalisierter Politik. Die Anti-Politik stand nicht nur dem Kommunismus feindlich gegenüber, sondern jeglicher dogmatischen politischen Ideologie. Dennoch wäre es ein grobes Mißverständnis, das Ideal der Anti-Politik als apolitisch zu betrachten. Im Gegenteil ermöglichte es, daß das Handeln des Einzelnen durch die Befreiung von den Beschränkungen institutionalisierter Politik und des schematischen Denkens innerhalb eines abstrakten ideologischen Rahmens authentische Bedeutsamkeit erlangte: In diesem Sinne wurde das Persönliche politisch. Das Ideal der Anti-Politik ermutigte die Menschen zu handeln, „als ob sie frei seien“ und die Verantwortung, die eben diese Freiheit mit sich bringt, zu übernehmen. Anti-Politik war also keine prinzipienlose Politik, sondern einfach eine „Politik ohne Cliché“.“

Ein kunterbuntes Haus, ein Äffchen und ein Pferd...

Seit 10 Jahren steht das Haus in der Hersdorfstr. 15 in Gotha nicht mehr leer. Um ein recht hartnäckiges Gerücht gleich aus der Welt zu schaffen: Das Haus ist nicht besetzt und war es auch nie. Es wurden Verträge unterschrieben und Geld wechselte seinen Besitzer, bevor eine bunte Gruppe von "Hausbesetzern" das Haus beziehen und renovieren konnte.

Das Haus wurde von den Bewohner*innen, Freunden und Vereinsmitgliedern grundlegend renoviert, kein einziger Euro an Fördermitteln ist dafür nötig gewesen. Entstanden ist ein ambivalenter, liebenswert chaotischer und sich ständig wandelnder Raum, in dem Platz ist für allerlei Experimente, Krach & Kultur, Zwischenmenschliches, den ein oder anderen Gestrandeten, Politik und Partys - je nachdem was den oder die Einzelne an diesen Ort treibt.

Ein um- und bekämpfter Ort

Explosion einer Kugelbombe

Residenzstadt hin oder her, Gotha liegt in der ostdeutschen Provinz. Was vor 10 Jahren schon genauso stimmte, ist heute durch die AfD-Wahlergebnisse wirklich nicht mehr zu leugnen - hier gibt´s ein gewaltiges Problem. Und je größer der reaktionäre Teil einer Stadtgesellschaft ist, umso schwerer haben es alternative und nonkonforme Menschen. Und wenn sich solche "Störenfriede" einen Raum nehmen um dort ihr Leben frei zu gestalten, dann reicht das mancherorts aus um verschiedenste Formen von "Widerstand" zu provozieren.

Das reichte von deutlich bekundeter Ablehnung durch Teile der Lokalpolitik und Bevölkerung, bis hin zu eingeworfenen Scheiben durch die lokale Kameradschaft. In den vergangenen 10 Jahren kam es neben den zahlreichen Steinwürfen, zu mehreren Konfrontationen mit Gruppen von rechten Hooligans, einem Anschlag mit einer Kugelbombe und entgegen aller schwarz-weiß-Denkmuster bewarf auch eine Gruppe Geflüchteter das Haus und Vereinsmitglieder mit Steinen.

Ein (anti)politischer* Ort

Neben dem Aspekt des gemeinsamen Wohnens und Lebens, ist "das Juwel" (mal mehr, mal weniger) ein politischer Ort. Die Menschen eint ein diffuses linksalternatives Weltbild, irgendwo zischen antikapitalistisch, alternativ und humanistisch, kombiniert mit einem konsequentem Antifaschismus.

Ein linkes Hauprojekt außerhalb der alternativen Parallelwelten, kann sich nicht aussuchen ob es sich gegen Neonazis und andere Reaktionäre positioniert, diesen Kampf müssen solche Projekte, aus ganz existenziellen Gründen, führen.

Hooligans Wismut Gera nach Angriff auf das Juwel

Im Juwel hatten und haben aber auch die fakultativen politischen Betätigungsfelder ihren Platz. So gab es neben dem Kubixx e.V. im Juwel die ersten ehrenamtlichen Sprachkurse für Geflüchtete 2015 in

Gotha. Viele Bewohner*innen, Vereinsmitglieder und Sympathisanten haben sich in der ehrenamtlichen Flüchtlinshilfe eingebracht, Deutschunterricht gegeben, sind Umzüge gefahren oder haben auch mal Menschen kurzzeitig aufgenommen.

In den Vereinsräumlichkeiten ist genügend Platz für Vorträge, Gästezimmer, Werkstätten - kurzum Platz um im Kleinen die Welt zu verändern. Getragen und finanziert werden diese Räume, die ja genauso gut als Wohnraum vermietet werden könnten, von den Vereinsmitgliedern und in erster Linie von den Bewohnern des Juwel.

Ein Ort für alle?

Vielleicht überdecken die bunten Haare, die laute Musik und die schwarzen Windbreaker ein wenig den Kern des Ganzen. All das sind schließlich keine Vorraussetzungen um gemeinsam mit anderen Menschen einen Ort zu schaffen, an dem man gemeinsam leben kann. Abseits von den Profitbestrebungen des Vermieters, dem anonymen Nebeneinander in der spätkapitalistischen Normalität und der tristen Wahl zwischen dem Gothaer Freizeitangebot und Netflix.

Joachim

Lasst den Schweinchen ihre Eier!

Wir befinden uns in irgendeinem x-beliebigen Schweinestall in Deutschland. Ein kleines Ferkel hängt kopfüber in einem brachial anmutenden Gestell. 4 schnelle, tausendfach wiederholte Schnitte und die Hoden sind entfernt. Das Geschrei ist ohrenbetäubend. Es ist 4 Tage alt, wird kastriert, damit sein Fleisch später genusstauglich ist, ohne Betäubung. Dass dies eine nicht zu tolerierende Praxis ist, darüber sind sich wohl alle einig. Für viele Landwirte ist die Schmerzmittelgabe bei der Kastration Standard, jedoch nicht ausreichend. Und so entschied auch die Bundesregierung, dass Ferkelkastrationen nicht mehr betäubungslos durchgeführt werden dürfen. Der entsprechende Satz im §5 des Tierschutzgesetzes, der diese Ausnahme erlaubte, ist bereits zum Beginn des Jahres 2019 weggefallen.

Tierschutz ist seit über 17 Jahren Staatsziel und dennoch: Einen Konsens über die Methode der Wahl und damit eine praktische Umsetzung ist nicht in Sicht. Obendrein wird im Moment die Methode bevorzugt, die weder tierschonend noch tierschutzkonform ist, sondern lediglich auf unsinnigen wirtschaftlichen Überlegungen, auf Gier, beruht und dem Verbraucher Aktionismus vorgaukelt.

Am 9.8.2019 soll ein Entwurf zur "Verordnung zur Durchführung der Betäubung mit Isofluran bei der Ferkelkastration durch sachkundige Personen (FerkBetSachkV)" dem Bundesrat zugeführt werden.

Damit entscheidet man sich nicht nur gegen Tierwohl, Tierschutz, Umweltschutz und Fairness dem Tier gegenüber, sondern bringt auch den Tierarzt in einen schwerwiegenden rechtlichen Konflikt. Es sollen also auch künftig Landwirte oder angelerntes Personal die Ferkel kastrieren. Laien! Und zwar unter Vollnarkose! Dabei wurden ein paar entscheidende Dinge außer Acht gelassen.

1. 6 Stunden sind wahrlich nicht genug, um zu lernen, wie man eine vernünftige Narkose fährt. Bei Zwischenfällen und zur Narkoseüberwachung ist kein Tierarzt da, wir hätten also im schlimmsten Fall wieder das oben beschriebene Horrorszenario: Keine wirksame Betäubung, Schmerzen, ggf. Tod.

2. Die alten Geräte, die die Anwendung nicht aufzeichnen, dürfen weiterverwendet werden. Viele Landwirte werden das ordentlich machen, aber mit schwarzen Schafen muss man rechnen. Was wird also gemacht? Weiterhin kastriert wie oben beschrieben und ab und an mal der Isofluranhahn aufgedreht, damit bei der Kontrolle was fehlt... Das Problem hierbei ist nicht nur der Tierschutz, sondern auch der Umweltschutz. Isofluran ist extrem schädlich für die Ozonschicht, um einiges mehr noch als CO_2.

3. Nicht alle Ferkel sind gleich groß, also passt auch nicht jedem die Maske. Das heißt ein Teil des Isoflurans entweicht zwangsläufig in die Umwelt. Das bedeutet zum einen eine schlechtere Narkosetiefe, zum anderen bekommen wir hier mit dem Arbeitsschutz Probleme.

Das Gas ist hochgradig schädlich. Unwohlsein, Übelkeit, Schädigung der Leber, anaphylaktische Reaktionen, Herzstillstand, sowie frühzeitige Demenz und Unfruchtbarkeit sind doch eigentlich Grund genug den Blödsinn sein zu lassen!

4. Isofluran erzeugt beim Ferkel bloß eine Bewusstlosigkeit ohne Schmerzstillung. Es müsste also 20 Minuten vorher noch ein Schmerzmittel in die Muskulatur gespritzt werden. Zusätzlicher Aufwand, der zudem bei fast ¼ der Tiere nicht ausreicht.

5. Der Tierarzt, der das Isofluran abgibt, begibt sich in einen Konflikt mit dem Arzneimittelgesetz. Da man bei Isofluran keine feste Dosis je Gewicht hat, kann auch keine Behandlungsanweisung gegeben werden, ohne welche der Tierhalter ein verschreibungspflichtiges Arzneimittel aber nicht anwenden darf. Dies müsste dann eigentlich wieder von der entsprechenden Behörde geahndet werden.

Gegenargumente gibt es also zur Genüge und auch die Bundestierärztekammer sowie die Landestierärztekammer Thüringen sprechen sich vehement gegen diese Methode aus.

Welche anderen Optionen gäbe es also?

Eine weitere angedachte und genauso wenig gangbare Methode wäre die unter Lokalanästhesie vom Landwirt durchgeführte Kastration. Hierfür müsste zunächst das Tierschutzgesetz geändert werden und der Begriff “Schmerzausschaltung” durch “Schmerzminderung” ersetzt werden.Allein diese Formulierung macht deutlich, dass es um Schmerzfreiheit gar nicht mehr geht. Auch eine korrekt durchgeführte Lokalanästhesie braucht einige Minuten, um zu wirken. In großen Betrieben haben wir es allerdings mit Massenabfertigung zu tun und Wartezeiten sind dort nicht erwünscht. Eine unzureichende lokale Betäubung und Schmerzen wären die Folge. Falsch und versehentlich in den Blutkreislauf appliziert ist das Lokalanästhetikum (Procain) zudem tödlich. Hinzu kommt, dass die Belastung der Ferkel durch die Fixation und mehrfache Injektion ähnlich hoch zu bewerten ist, wie bei der betäubungslosen Kastration.

Bleibt also ein chirurgischer Eingriff unter vom Tierarzt durchgeführter Injektionsnarkose. Eine Narkose ist bei Wirbeltieren immer dem Tierarzt vorbehalten. Wollte man also alle Ferkel auf diese Art kastrieren, gäbe es Tierärzte, die quasi den ganzen Tag nichts anderes machen würden. Und auch der Organisations-, Personal- und Arbeitsaufwand ist beträchtlich. Die Ferkel müssen nach dem Eingriff von der Muttersau abgesondert werden und 3-4 Stunden bis zum vollständigen Aufwachen an einer Wärmequelle verbringen. In kleinen und mittleren Betrieben ist dies allerdings eine durchaus praktikable Methode.

Die Bundestierärztekammer erinnerte bei dieser Debatte allerdings an zahlreiche wissenschaftliche Studien, die belegen, dass zum Schutze vor vermeidbaren Schmerzen eine operative Entfernung der Hoden bei Ferkeln auch unter Betäubung nicht mehr vertretbar ist und es besser wäre ganz darauf zu verzichten.

Um dies also umzusetzen wäre die Ebermast eine denkbare Alternative. Hierbei entfielen der Aufwand und das Risiko eines Eingriffs, allerdings sind die Anforderungen an Haltung und Schlachtung höher. Intakte Eber sind aggressiver; fressen aber auch besser und haben höhere Wachstumsraten. In England ist die Ebermast seit Jahren etabliert. Allerdings muss man die Tiere mit einem deutlich geringeren Gewicht schlachten, ca. 80 kg, statt der 120 kg, auf die die Industrie eingestellt ist. Lässt man sie noch größer werden, sind einige Eber bereits in der Pubertät und der typische Geschlechtsgeruch macht sich bemerkbar. Bei ausgeprägtem Geruch ist dieses Fleisch laut EU VO 854/2004 genussuntauglich, also Abfall. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft fördert deshalb ein Projekt, dass mit Hilfe genomischer Selektion (man schaut sich also das Erbgut vor der Zucht an) diejenigen Tiere für die Zucht aussuchen will, deren Nachkommen weniger stinken.

Eine sehr viel einfachere und dem ethischen Anspruch des Tierschutzgesetzes gerecht werdende Methode ist die Impfung gegen Ebergeruch (Improvac). Diese hält auch das Friedrich-Löffler-Institut für die tierschutzfachlich beste Lösung.

Und bevor jetzt alle aufschreien: „Hormone im Fleisch! Das will doch der Verbraucher nicht! Und nachher schaden die mir!“

Nein! Es sind keine Hormone im Fleisch! Und die Impfung enthält auch keine genetisch veränderten Inhaltsstoffe.

Und wenn man die Leute mal fragt, bevorzugen sie das Fleisch von geimpften Schweinen gegenüber dem von chirurgisch kastrierten. Dafür ist natürlich eine vernünftige Aufklärung Vorraussetzung.

Bereits seit 1998 wird diese Variante z.B. in Australien und Neuseeland erfolgreich eingesetzt.

Die Ferkel werden dafür 2x geimpft. Das erste Mal relativ früh, beispielsweise direkt nach dem Absetzen. Das Priming ruft eine initiale Immunantwort hervor, ohne die Hodenfunktion einzuschränken, die Eber entwickeln sich zunächst wie ungeimpfte und schöpfen ihr Wachstumspotential voll aus, was zu einer besseren Futterverwertung führt und die Nettokosten senkt.

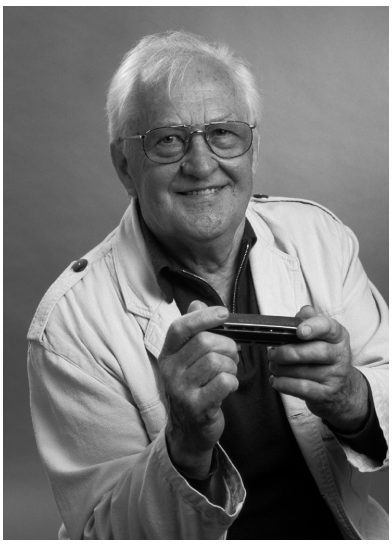
Vier bis sechs Wochen vor der Schlachtung mit ca. 6 Monaten erfolgt die zweite Impfung. Bei “Schinkenschweinen” ist noch eine dritte Injektion nötig, da diese erst später geschlachtet werden. Die gebildeten Antikörper wirken gegen das im Hypothalamus gebildete GnRF (Gonadotropin Releasing Factor), sodass die Sexualhormonproduktion sinkt und die Hodenfunktion eingeschränkt wird. Dieser Effekt ist klar ersichtlich, da die Hoden schrumpfen.

Nun können auch keine geruchsbildenden Substanzen mehr gebildet werden und das bereits vorhandene Level sinkt wieder ab. Der Schlachtkörper der so behandelten Tiere beinhaltet keine Rückstände des Impfstoffes und entspricht dem eines chirurgisch kastrierten Schweines.

Es ist also ziemlich offensichtlich, dass die Idee der Bundesregierung tierschutzwidrig, unsinnig und vorallem unnötig ist. Es gibt bessere Möglichkeiten. Warum nutzen wir sie nicht?!

Jana Wienecke, Tierärztin

Der Genosse mit der Mundharmonika
Kurt Raschke im Alter von 95 Jahren gestorben



Die „Mundi“ passte genau zu seiner Lebensphilosophie – fröhlich und optimistisch im Charakter sowie unüberhörbar und geradlinig im Ausdruck. Am 2. Juni hat Kurt Raschke für immer die Augen zu gemacht. Noch auf dem Krankenlager schwärmte er von den Höhepunkten in seinem kampferfüllten Leben und schimpfte auf die Ungerechtigkeiten in den Klassengesellschaften, vor allem auf die Anstifter und Nutznießer der Kriege in dieser Welt.

Geboren wurde der Randberliner am 16. Dezember 1923 im märkischen Nauen als Sohn einer Arbeiterfamilie. Mit 14 Jahren begann er eine Tischlerlehre. Doch schon frühzeitig war Kurt an der Seefahrt interessiert, so dass er sich mit 17 freiwillig zur Kriegsmarine meldete, eine Ausbildung absolvierte und ein Jahr später bis 1945 im nördlichen Eismeer die Schauplätze des faschistischen Eroberungskrieges miterlebte. Als Zeuge der schrecklichen Ereignisse stellte er sich mehr und mehr die Frage, wieso der Spruch auf dem Koppelschloss „Gott mit uns“ beim Abfeuern der Geschütze immer dabei sein musste. So wandelte sich der überzeugte Christ und begeisterte Mitläufer zum Pazifisten und später zum Kommunisten.

In den Nachkriegsjahren war Kurt maßgeblich beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone sowie beim Aufbau des Sozialismus in der DDR beteiligt. Er wurde Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Seine Arbeitsstellen waren Kaderleiter beim Rat des Kreises Gotha und danach persönlicher Referent des Bürgermeisters beim Rat der Stadt Gotha. Dabei war er für manchen Nomenklaturkader nicht immer der bequemste Partner. Später war er als Tischler für die materiellen Bedingungen in den Schulen der Stadt verantwortlich.

Die sogenannte Wendezeit bescherten dem Rentner Raschke endlich Beschäftigung mit seiner Familie, besonders mit Ehefrau Helga und den Enkeln. Wenn er nicht gerade mal in seiner Werkstatt sägte und hobelte, sann er darüber nach, wie er Dr. Helga Raschke noch besser den Rücken frei machen konnte für ihre Recherchen zur Dokumentation des Alltagslebens im Thüringer Wald, zur Geschichte der Stadt Gotha und ihrer Bürger, zum KZ-Außenlager S III Ohrdruf oder zur Würdigung des Retters von Gotha Josef Ritter von Gadolla.

Im Freundeskreis Leinakanal Gotha galt Raschke als inoffizieller Alterspräsident. Sein Wort hatte dort Gewicht, und seine konstruktiven Vorschläge für die Publizierung des 650 Jahre alten Schlingels unterstrich er stets mit einem Ständchen auf seinem geliebten Musikinstrument.

Kurt Raschke war ein begeisteter Leser unserer linken Kleinzeitung „Klarsicht“, die er auch finanziell unterstützte. Die Redaktion, die Leserschaft und all seine Verwandten, Freunde und Bekannten werden den linken Mundharmonikaspieler in guter Erinnerung behalten.

Wolfgang Möller

Termine August - September

18.8. Thälmann-Gedenken Buchenwald
24.8. Hoffest "Galletti" (Anmeldung erforderlich)
24.8. Unteilbar Dresden
26.8. Fraktionssitzung
31.8. Straßenfest Red Soxx und Wahlkampfauftakt in der Blumenbachstraße
1.9. Tierparkfest Gotha
7./8.9. Fest 650 Jahre Leinakanal
15.9. Hyundai-Lauf Ohrdruf
18.9. Bodo in Gotha
20.9. Weltkindertag

Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen,
die im Juli/August/September Geburtstag haben,
ALLES GUTE für das neue Lebensjahr!!!

Sehr geehrte LeserInnen,

hat Ihnen diese Ausgabe der Klarsicht gefallen? Wenn ja, würden wir uns über Ihre Unterstützung freuen. Falls Sie nicht aktiv werden können, fördert Iihre finanzielle Zuwendung an den Kreisverband Gotha das Fortbestehen der KLARSICHT. Die Bankverbindung können sie dem Impressum entnehmen.

klarsicht Herausgeber*in (V.i.S.d.P.): DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Blumenbachstraße 5; E-Mail: rgeschaefsstelle@die-linke-gotha.de; Tel.: 03621/856166, Fax: 03621/856164, www.die-linke-gotha.de; Redaktion: klarsicht@die-linke-gotha.de, Redaktionsmitglieder: David Vogel, Jana Wienecke, Jan Hofmann , Joachim Thier-Ueltzen, Sören Kutzner, Wolfgang Möller; Zuschriften bitte an eine der genannten Adressen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält es sich vor, kleine Änderungen (ohne Sinnänderung) vorzunehmen; Konto: Kreissparkasse Gotha, IBAN: DE43 8205 2020 0300 0859 07